

Annoncen-
Annahme-Bureau
Dr. Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmitz. 16.)
bei C. H. Ullrich & Co.
Breitestraße 14.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissland,
in Breslau bei Emil Habach.

Annoncen-
Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. C. Danck & Co. —
Haasenstein & Vogel, —
Rudolph Wölfe.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Juvaldendank.“

Posener Zeitung.

Nenundsechzigster Jahrgang.

Jg. 509.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 24. Juli
(Escheint täglich drei Mal.)

Zahlung bis 20. Br. zu schließen ist gestattet, eben sofern keine Reklamation verhältnismäßig höher ist, lassen die Zahlungen zu leisten und werden für die am folgenden Tage eingetragene Reklamation bestreikt. Nachstehend ist eine Tabelle angegeben.

1876.

Amtliches.

Berlin, 22. Juli. Der König hat dem Major Gerhards, a. a. santo des Ostr. Fuß-Artill.-Regts Nr. 1 und Direktor der Artill.-Werftstatt zu Spandau, und dem Geh. Rechnungs-Rath Dingler im Kriegs-Ministerium den l. Kr.-Dr. 3. Kl. verliehen. Die nachbenannten vortrag. Räthe im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, und zwar die Geh. Reg.-Räthe Rommel und Brefeld zu Geh. Ober-Reg.-Räthen, und den Geh. Baurath Franz zum Geh. Ober-Baurath ernannt, sowie dem prakt. Arzt Dr. med. Graf zu Elberfeld den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Bei der Real-Schule in Lippestadt ist die Beförderung des ordentl. Lehrers Gustav Born zum Oberlehrer genehmigt worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 23. Juli.

Das von uns in der Rückübersetzung bereits mitgetheilte Schreiben, welches der Kaiser an den Präsidenten der Vereinigten Staaten zur Unabhängigkeit feier gesandt hat, ist nun vom „Reichsanzeiger“ im ursprünglichen Wortlaut veröffentlicht worden. Die Anrede im Eingange lautet danach: „Großer und guter Freund“, und es möge als geschichtliche Erinnerung erwähnt werden, daß, als Friedrich Wilhelm III. im November 1797 dem damaligen Direktorium der französischen Republik seine Thronbesteigung angezeigt, er die fünf Direktoren gleichfalls „Grands et bons amis“ anredete.

Der demokratische Verein zu Frankfurt a. M. wollte zur hundertjährigen Feier der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung eine glückwunschnende Kundgebung dem amerikanischen Volke übermitteln und wandte sich deshalb zur Weiterbeförderung der Adresse an den amerikanischen General-Konsul Herrn Prentiss Webster in Frankfurt a. M. In dieser Adresse hieß es u. a.:

Wir grüßen den Staat, in dem es keinen Militarismus giebt, wir grüßen die Nation, welche in der freien Presse und in den freien Versammlungen Heiligthümer eht, die kein Staatsanwalt und Polizeibüttel antasten darf, wir grüßen die bürgerliche Gemeinschaft, in welcher das religiöse Gewissen unverletzt bleibt u. s. w.

In demselben Schriftstück wird dann weiter die Hoffnung ausgesprochen, daß die Republik demnächst auch in Deutschland ersteht werde. Da nun Herr Prentiss Webster die Annahme der Adresse ablehnte, weil er in dem Vorhaben eine politische Demonstration erblickte, wurde die Adresse dem biegsigen Gesandten der Vereinigten Staaten Herr Bancroft Davis überwandt, der die Annahme derselben ebenfalls verweigerte und unter dem 8. Juli an die Vertreter des genannten Vereins die Herren Karl Holthof, und Jean Drill folgendes Antwortschreiben gelangen ließ:

„Ich habe Ihr Schreiben vom 5. Juli empfangen, in welchem Sie mir mittheilen, daß am 4. d. Ms. von Ihnen, als den Vertretern eines frankfurter politischen Vereins, beabsichtigt worden ist, dem dortigen Generalkonsul der Vereinigten Staaten, Herrn Wm. Prentiss Webster, eine Adresse zu überreichen, deren Annahme von diesen aus dem Grunde abgelehnt worden sei, weil er in ihr eine politische Demonstration erblickt habe. Sie richten dann an mich das Erwischen, die Adresse entgegenzunehmen. Es ist Pflicht eines jeden in Deutschland residirenden Beamten der Vereinigten Staaten, freundliche Beziehungen zwischen seiner und der kaiserlichen Regierung, zwischen der Bevölkerung der Vereinigten Staaten und dem mit ihr durch so manche Bande der Verwandtschaft und des Interesses verbündeten großen Volke zu pflegen. Namentlich soll er jede von deutscher Seite stammende individuelle Kundgebung des Wohlwollens und der Freundschaft willkommen heißen und stets bereit sein, auf solche Antwort zu ertheilen. Wenn aber derartige Kundgebungen von einem politischen Vereine herriühren, der zum Zwecke des Parteikampfes in deutscher Angelegenheiten gefestigt ist, und der Beante hat Grund zu der Vermuthung, daß dieselben nur deshalb öffentlich an ihn gerichtet werden, weil damit eine politische Demonstration beabsichtigt oder bezeichnet werde, so hat er ganz bestimmt die Pflicht, deren Entgegennahme abzulehnen. Der Generalkonsul ist vermöge seiner Kenntnis der lokalen Verhältnisse besser als ich im Stande, den Charakter Ihres Vereines und den Inhalt der Adresse zu beurtheilen. Er ist offenbar zu der Schluffolgerung gelangt, daß das Schreiben lokal-politische Zwecke verfolgt und diesen zu dienen bestimmt sei. Über beide Punkte lasse ich mein Urtheil für mich maßgebend sein.“

Die von den frankfurter Demokraten beabsichtigte Demonstration war eine Taktlosigkeit, die hier die verdiente Zurückweisung erfahren hat.

Der „Reichsanzeiger“ enthält folgendes Dementi:

Hiesige Blätter bringen Mittheilungen aus einem von dem Agen-ten der deutschen Bank in London, Herrn Pietisch, an die „Times“ gerichteten Schreiben, in welchem derselbe angeblich auf besonderes Erfuchen und in Vollmacht der deutschen Regierung Erklärungen über die deutschen Silberverläufe abgibt. Wir bemerken, daß dem Herrn Pietisch zu einer solchen Veröffentlichung Auftrag oder Vollmacht von der deutschen Regierung nicht erteilt ist.

Der Handelsminister veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ folgende Berichtigung:

Im Nr. 4 sub a der Ausführungsverordnung vom 16. Juni d. J. zu dem Reichsgesetz vom 25. Februar 1876, betreffend die Beförderung von Ansteckstiftchen bei Viehhörforderungen auf Eisenbahnen ist statt von mindestens 500 Grad Celsius zu setzen: „von mindestens 100 Grad Celsius“. Die Berichtigung des untergelaufenen Schreibers ist zu veranlassen.

Bereitschaftlich ist in Verichten von Handelsvorständen auf die Errichtung eines Reichs-Verkehrs-Ministeriums hingedeutet worden. Eine solche einheitliche Regelung eines der wichtigsten Verwaltungszweige aber ist fürs Erste nicht zu erwarten, wie ja denn die Einzelstaaten auf die Leitung des Eisenbahnwesens bekanntlich sehr eifersüchtig sind. Bei jenem Plane nun kommt das Projekt, das Eisenbahnwesen bei dem Reiche zu zentralisieren, in Betracht, doch scheint der Bundesrat fürs Erste mit dieser Angelegenheit noch nicht befahrt werden zu sollen. Ein fernerer Antrag auf Revision des Strafge-

gesetzbuchs wird von preußischer Seite wohl nicht gestellt werden; vielmehr wird man sich mit der Novelle vom 26. Februar d. J. genügen lassen, doch liegt es der „N. Z.“ zufolge in der Absicht der preußischen Regierung, eine Änderung der Reichs-Gewerbeordnung in so fern herbeizuführen, als es einer gewissen Kategorie von Gewerbetreibenden, die, wie Drahtbinder Seiltänzer, Musikanten u. s. w. ihr Gewerbe im Umherziehen betreiben, nicht mehr gestattet werden soll, für den Fall, daß sie kriminalrechtlich bestraft sind, innerhalb zweier Jahre nach verbüßter Strafe einen Hausratschein zu erlangen.

Die Frage der Abtreitung der thüringischen Bahn an Preußen ist seit längerer Zeit Gegenstand widersprechender Mittheilungen. Während die „Post“ bekanntlich wiederholt behauptete, daß die Verhandlungen der preußischen Regierung mit der Eisenbahngesellschaft nahezu zum Abschluß gelangt seien, wird dies von den Vertretern der Gesellschaft selbst entschieden in Abrede gestellt und nur zugegeben, daß informatorische Pourparlers stattgefunden hätten. Aus Thüringen geht der „N. Z.“ unterm 21. d. M. nachstehende Darstellung des Sachverhalts zu:

Dass Schritte in dieser Sache geschehen sind, darf wohl als unzweifelhaft festgestellt erachtet werden, allein noch befindet sich die Angelegenheit in den ersten Stadien der Entwicklung und da die komplizirten Verhältnisse der thüringischen Bahn, die durch die Vielheit der Staaten, welche an derselben in der verschiedensten Weise beteiligt sind, bedingt werden, die Abwicklung derselben ziemlich schwer machen, so dürfen irgend welche authentische Mittheilungen über den Stand der Angelegenheit sobald kaum zu erwarten sein. Dass auch die k. sächsische Regierung unter die Zahl der Bewerber gestellt wird, ist kaum ernsthaft zu behandeln, aus Gründen, die nicht erst hervorgehoben zu werden brauchen. Dagegen ist allerdings wohl zutreffend, daß die thüringischen Regierungen ihre Zustimmung abhängig machen dürften von der Erleichterung, die ihnen aus dem Verkauf der Bahn in Bezug auf ihre Garantiepflichten für einzelne Nebenkosten gewährt werden kann.

Nachdem die Verhandlungen zwischen der königl. Seehandlung und der Stadt Berlin wegen Übernahme der königl. Leihämter auf die Kommune Berlin durch das ablehnende Verhalten der städtischen Körperverfassungen als definitiv gescheitert zu betrachten sind, ist die Frage des Fortbestehens der Leihämter als Staatsinstitute an maßgebender Stelle wiederholt eingehender Erörterungen gewesen. Wie die „D. R. C.“ hört, haben dieselben — wobei übrigens auch höhere Wünsche maßgebend gewesen sein sollen — zu dem Beschlüsse geführt, einstweilen eine Veränderung in dem bisherigen Zustande nicht einzutreten zu lassen, die Frage wegen des dauernden Fortbestandes der Leihämter als Staatsinstitute aber offen zu lassen. Entscheidend hierfür ist namentlich auch der Umstand gewesen, daß sich infolge der beklagenswerten wirtschaftlichen Verhältnisse, durch die ein großer Theil der Bevölkerung veranlaßt wird, seine Zuflucht zu Pfanddarlehen zu nehmen, der Geschäftsumfang dieser Anstalten in den letzten Jahren bedeutend gehoben hat, so daß sich am Schlus des vorigen Jahres nicht nur ein Defizit — wie dies in früheren Jahren der Fall gewesen — sondern noch ein erheblicher Überschuss ergeben hat. Da durch den Anschluß an die Markrechnung der regelmäßige Zinsatz überdies von 10 auf 12 Prozent erhöht worden ist, so dürfte auch für die Folge ein Defizit kaum zu erwarten sein.

Die jetzt wieder angeregte Frage, von wann ab eigentlich der Beginn einer Legislaturperiode gerechnet werden soll, ob vom Tage der Wahl oder von dem der Einberufung ab, ist in sofern keine streitige mehr, als nach angenommener Praxis der Tag des wirklichen Zusammentrittes der Kammer oder des Reichstages als Anfang gilt, da von diesem ab doch erst die Tätigkeit der Mitglieder beginnen kann, und ein, sei es auch nur vorläufig konstituiertes Haus erst nach der Eröffnung vorhanden sein kann. Auch die Motive zu der Verfassungs-Urkunde und die Berichte der Zentralabteilungen der Revisionskammern führen zu der Annahme, daß der Eröffnungstag auch die Legislaturperiode eröffne.

Der „Reichsanzeiger“ Nr. 171 publiziert das Gesetz, betreffend die Deckung der für die Weiterführung und Vollendung des Baus der Bahn-Friedländer Eisenbahn erforderlichen Geldmittel.

St. Wendel, 19. Juli. Wir lesen in der „N. Z.“: „Es gereicht uns zum besondern Vergnügen, berichten zu können, daß doch drei Geistliche es gewagt haben, am letzten Sonntag von der Kanzel öffentlich zu verkündigen, daß die ganze Muttergotte Geschichte in Marpingen reiner Schwindel sei. Es sind dies die Herren Pastoren: Leonhardt in Illingen und Geißbauer in Biesen, sowie Kaplan Dietz in St. Wendel. Es gehört nach unserer Ansicht bei der fanatisirten Menge in unserer Umgegend schon ein gewisser Mut dazu, gegen einen solchen Unstum öffentlich auf der Kanzel aufzutreten, und wir glauben gerne, doch vielleicht noch mancher Geistliche gerne dagegen aufgetreten wäre, wenn er seiner Gemeinde gegenüber den Mut dazu gehabt hätte.“

Versailles, 21. Juli. Die gestrige Sitzung des Senats über den Gesetzentwurf, betreffend die Verleihung der akademischen Grade endete in folgender Weise:

Unterrichtsminister Washington, in seiner Rede zur Beförderung der Vorlage fortlaufend, erklärt, daß sein Programm bei der Übernahme seines Portefeuilles die zwei klar bezeichneten Punkte enthalten habe: Aufrechterhaltung der Unterrichtsfreiheit und Zurückstättung des Rechts der Gradeverleihung an den Staat; letztere werde schon zeigen, daß er die Rechte der Kirche nicht anzugreifen, sondern zu verteidigen meine! Redner hebt den Unterschied zwischen der gemischten Prüfungskommission und der Jury des Staats zu Gunsten letzterer hervor, deren Mitglieder aus der freien Wahl ihrer gelehrt Kollegen hervorgegangen und allen Ständen entsprungen, so daß gar keine Parteilichkeit denkbar sei. Grade die rechten Professoren der freien Fakultäten auszuwählen, um die gemischte Jury zu bilden, würde eine schwere Aufgabe für den Unterrichtsminister sein, der nicht frei wählen könnte. Was die Stärke der freien Fakultäten ausmachen

werde, sei, daß deren Höglinge zu den Prüfungen der Staatsfakultäten mit der Gewiheit herantreten könnten, daß ihnen ein sympathischer Empfang zu Theil wird. Die mittelt der Vorlage modifizierte Art. 13, 14 und 15 des Unterrichtsgesetzes seien von der vorigen Nationalversammlung in einem Augenblick der Überschwung votirt worden; sie habe sich von der Strömung fortreissen lassen. (Widerbruch rechts, Beifall links.) Redner zitiert mehrere hervorragende Autoritäten (u. A. die Herrn Segris und La Boulaye) die sich f. z. für die Gradeverleihung und Prüfung seitens des Staates entschieden ausgesprochen hätten. Heute andere Prinzipien befolgen zu wollen, das würde der Umsturz der Gesellschaft sein! (Beifall links!) Zum Schlus verpricht der Unterrichtsminister, daß die freien Fakultäten darauf zählen dürfen, an der Administration so lange eine treue wohlwollende Stütze zu finden, als sie sich innerhalb der Schranken der Geistlichkeit halten. Er hoffe, daß der Senat eine immer wiederkehrende Urtüche zu Konflikten aus dem Wege räumen wolle und der Regierung somit ihre Aufgabe der Beschwichtigung der Gemüther erleichtern werde. (Lebhafte Beifall links.) Herzog v. Broglie bekämpft das Regierungprojekt mit den bereits bekannten Argumenten. Interessant und neu ist vielleicht nur die Art und Weise, wie der klerikale Ex-Ministerpräsident den Senat dazu anfeuert, seiner Rolle: Alles bei mir zu lassen, treu zu bleiben. Es vertrage sich weder mit der Mission noch mit der Würde des Senats, ein hochwichtiges Gesetz deshalb zu streichen, weil die nagelneue Majorität der Deputirtenkammer diese Streidung wünscht. Der Senat sei schließlich die einzige permanente Institution, die Frankreich noch besitzt, und die Rolle eines Weltverbünders stehe ihm nicht zu; seine ganze Organisation deute darauf hin, daß er gerade die Mission habe, gegen den volkstümlichen Strudel der Meinungen zu regieren. Senat und Deputirtenkammer gliedern zwei Stützen, die beide geben, aber nicht die gleiche Zeit andeuten, und so müsse es bleiben. Die Aufgabe des Senats sei, den einmal votirten Gesetzen die nötige Zeit zur Eroberung zu geben. (Beifall rechts.) Wenn es sich darum handle, ob ein Gesetz, das noch nicht erprobt wurde, schon wieder umgestoßen werden sollte oder nicht, da habe der Senat die heilige Pflicht, gegen die Unbeständigkeit der öffentlichen Meinung zu reagieren. Natürlich kommt Herr v. Broglie auf die „gesellschaftliche Gefahr“ zu reden: er sehe nicht ein, wie ein Versuch mit dem Unterrichtsgesetz die Gesellschaft gefährden könnte. Die wahre Gefahr liege in dem Emporeinen des Materialismus; habe man doch gestern damit gedroht, eine materialistische Universität errichten zu wollen! Er habe die Hoffnung auf sein Frankreich noch nicht so weit verloren, daß er zu deren Zustandekommen befürchte. (Beifall rechts.) Freiheit und Materialismus gingen aber Hand in Hand. Die Kirche sei heut zu Tage weder reich noch mächtig; sie müsse sich deshalb geduldig unterdrücken lassen. Wenn aber die Emigranten in den Städten ausbreche, so wisse die Kirche schon, daß sie ihre Schlagwaffen an die revolutionären Henkerkirche abzugeben habe; das sei dann ihr Lohn für die erlittenen Unterdrückungen! Die Regierung solle sich doch nicht zum Sklaven schlechter Leidenschaften hergeben; ihre Aufgabe sei, die moralischen Interessen der Nation zu schützen und auf diese Weise den unentbehrlichen gesellschaftlichen Frieden herzustellen. (Lebhafte Beifall rechts.) Die weitere Verathung wird auf morgen vertagt.

Die heutige Sitzung des Senates endete mit der Verleihung des Gesetzentwurfes betreffend die Verleihung der Universitätsgrade mit 144 gegen 139 Stimmen.

Es erhielt zuerst ein Mitglied des linken Zentrums, Bertrand, das Wort. Broglie, begann er, habe eine Frage des Staatsrechtes in eine Frage der hohen Philosophie verwandelt und gefunden, daß die Vorlage nicht liberal, und habe sie deshalb zurückgewiesen. Redner erklärt dagegen, daß die Verleihung der Universitätsgrade keineswegs eine unerlässliche Ergänzung des Rechtes, zu unterrichten, sei. Der Herzog von Broglie scheint mir, der ich stets eine wachsame Schildwache des Staates war, den Angstruf der sozialen Gefahr zu erheben (Beifall); ich sehe keine Gefahr in der Gesetzesvorlage. Der Redner Broglie glaubt nicht, daß der Senat sich mit dem Ergebnis der letzten Wahlen beschäftigen dürfe, um hier ein Urteil zu fällen. In diesem Punkte bin ich durchaus anderer Ansicht als Broglie. Dem Herzog von Broglie zufolge soll der Senat ein Werkzeug des Widerstandes bei einem Zerwürfnisse sein. Zustimmung und Beifallsrufe: Ja ja! Das ist dem edlen Herzog zufolge die Bestimmung des Senats, und dies eben ist der Grundgedanke seiner Rede. (Ja, ja! auf der Linke.) Nach Broglie's System wären die gemischten Prüfungsausschüsse vorzüglich den katholischen Fakultäten günstig. Dieses Votum ist wohl zu beachten. Der Herzog von Broglie behauptet, daß die gallicantischen Überlebenseifer nur dann ein Recht des Daseins haben, wenn die katholische Kirche große Macht besitzt. Das würde zu dem Vorschlag führen, zur Monarchie zurückzukehren. (Lachen.) Darauf staunt gewiß selbst der Kollege, der gestern, als er sein republikanisches Glaubensbekenntnis ablegte, uns vorwarf, wir seien keine so guten Republikaner als er. (Beifall.) Der Herzog von Broglie macht unserer Mäßigung den Prozeß und sagt uns ins Gesicht, wir seien Geistliche und sogar Opfer. Diese Schrecknisse röhren mich wenig. Er behauptet ferner, der Senat dürfe den gemischten Prüfungsausschüssen nicht abändern, und Neuerungen lägen nicht in seiner Machtvolkommenheit; aber der vorliegende Gesetzentwurf beantragt nichts Neues; er verlangt im Gegenteil die Rückkehr zu dem System von 1808. Ich frage daher, wo sind die Neuerungen? Broglie hat ferner behauptet man dürfe der Bewegung der öffentlichen Meinung nicht nachgeben; sollen wir uns denn etwa gegen die öffentliche Meinung auslehnen, wenn wir auf ihrer Seite stehen? (Stimme rechts: Die letzten Wahlen haben die konervative, gemäßigte, parlamentarische Republik festgestellt, die wir Alle verlangen! Zustimmung.) Redner verwirrt desgleichen die Behauptung des Herzogs, daß die von der Nationalversammlung erlassenen Geiße nicht geändert werden dürften. Nach einigen Worten über die gemischten Prüfungsausschüsse erklärte er, er rechne auf die Weisheit der republikanischen Partei, welche für die Aufreizungen gewisser revolutionärer Geister taub bleiben werde. Im Übrigen sei der Senat da, um dem auf gefährlichen Boden sich begebenden Gesetzgeber entgegenzutreten. (Beifall auf vielen Bänken.) Der Staat dürfe sich in Bezug auf die Prüfungsausschüsse allerdings nicht der Leitung des höheren Unterrichts begeben. Der Staat müsse den Universitäten Schutz angedeihen lassen, weil er die Kultur vertrete. Die Beförderung der modernen Geister ist keine Meinungsfrage, sondern eine Frage der Gerechtigkeit. (Beifall rechts.) Der Herzog v. Broglie habe sich nicht auf den Boden der Gerechtigkeit, sondern auf den der Politik gestellt, indem er sich auf den Charakter der letzten Wahlen bezog. Aber der Herzog sei über diese Wahlen im Irrthum befangen. Von erworbenen Rechten sprechend, will der Redner dieselben da nicht zulassen, wo sie der nötigen Macht des Staates zum Schaden gereichen. „Wofern letzterer auf seine Rechte

verichtet, begeht er Selbstmord. Die Frage ist keine religiöse; sie betrifft unmittelbar das öffentliche Recht. Der Minister verlangt nur, was die Monarchie, was das Kaiserthum verlangt bat. (Gouverneur Rumilly: "Und was die Restauration verlangte.") Wenn die Religion darunter leiden sollte, so würde ich gegen die Vorlage sein. Die republikanischen Staatseinrichtungen müssen sich noch mehr in der Religion ihre Stütze suchen, als die anderen Staatsformen. Die Souveränität des Staates ist es, um die es sich handelt. Ich schwörte die Kammer, sie nicht zu verstummen. Beifall auf der Linke. Der Schluss wird beantragt. Der Senat entscheidet sich für Fortsetzung der Beratung.

Belačić (äußerste Rechte) erhebt sich zu einigen Bemerkungen. Er sieht nicht die Notwendigkeit, das Gesetz von 1875 abzuschaffen. Der wahre Grund der Vorlage sei der, daß man Furcht vor der Kirche und den Erfolgen ihres Unterrichts habe. Christus sage: "Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist." Der Staat habe seine Rechte; "aber", fährt Redner fort, "den Schlüssel der Belehrung und Leitung des Geistes und der Seele der Jugend verweigern wir ihm; denn Geist und Seele des Kindes gehört dem Hause der Familie und Gott. Deshalb sind wir die Vertheidiger unverjährbarer, unveräußerlicher Rechte. Das ganze christliche Frankreich steht auf unserer Seite; denn es gibt keine zwei Arten von Katholiken. Der Senat wird zu gleicher Zeit dem kontraktiven Geiste der Freiheit und dem von der Nationalversammlung gegebenen Worte treu bleiben, das Irrtümer enthalten kann, das aber Liebe zur Religion und zum Vaterlande beweist." (Beifall auf der Rechten.) Der Konkils-Präsident bestieg die Rednerbühne; lebhafte Spannung. Der Ruf erschallt: Hört! hört! Dufaure: "Es wurde in dieser wichtigen Verhandlung bereits Alles gesagt, was zu sagen war; ich beschränke mich daher darauf, zu bemerken, daß die Redner, welche den Gesetzentwurf angrißen, die Tragweite der Abänderung stark übertrieben haben. Im Nothfalle würde ich mich in Betreff dieses Gegenstandes auf das beziehen, was mein früherer Amtsgenosse Wallon gesagt hat, dem Niemand Sachkenntniß abstreiten wird. Die Behauptung, daß die Vorlage die Unterrichtsfreiheit angreife, ist unhaltbar. Ich werde daher nicht auf die Erörterung dieses Punktes zurückgreifen, und besteige diese Bühne nur, um auf den letzten Theil der Rede des Herzogs von Broglie zu antworten. Er sagte, die Vorlage sei der erste Schritt in der Richtung auf alle jene Ausschreitungen hin, die man in den im anderen Hause vorgelegten Anträgen angesehen finde. Nach diesem Gesetz werde ein anderes kommen, und dann ein drittes, und so werde man schließlich zu einer Gesamtregelung gelangen, welche dem Senat und der Kammer zur Schande gereichen würde. Es ist schon lange her, daß ich mit derselben Unzertuglichkeit den Einwurf vom ersten Schritte und seinen Folgen hörte. Schon vor 45 Jahren, als man die Grundlage des Wahlsystems zu schmal befand, wurde der Einwand laut, daß man Bresche in das Gesetz von 1831 legen solle, daß man sich aber dadurch in weitere Gefahren begeben würde, daß es in der Absicht gelegen. (Beifall links.) Das ist ein zum Mindesten seltsamer Einwurf in Anbetracht der jetzigen Sachlage. Nehmen Sie ein Ministerium, von welcher Seite Sie auch wollen, es wird immer einen noch weiter gehenden Nachfolger haben, und der Herzog von Broglie würde auch diesem späteren Ministerium mit denselben Rechten den gleichen Einwurf machen können. (Widerspruch rechts, Beifall links.) Broglie will nur, wenn eine soziale Gefahr droht, Änderungen eingehen lassen; er will nicht den ersten Schritt thun. Aber warum soll man nicht Verbesserungen versuchen dürfen? (Lebhafte Unterbrechungen auf der Rechten.) Der Präsident des Senats hält um Ruhe. Die Freiheit und Würde des Senats könnten nur durch eine würdige Haltung während der Berathungen gewinnen; der Präsident rednet darauf, daß der Senat alle folgenden Redner ebenso anhören wird, wie er es bisher gethan habe.) Dufaure fährt dann fort: Sie verweigern eine Verbesserung anzunehmen; fürchten Sie denn nicht, daß das der erste Schritt sein wird, der zum Zwiespalt führen wird? (Beifall links.) Lassen Sie mich offen sagen, in welcher Lage wir uns befinden. Dupont und Broglie haben übertrieben, als sie von den Vorschlägen sprachen, die in anderen Kammern gemacht worden. Die Regierung erklärt, daß sie sich denselben widerstellt; man hat andere Vorschläge gemacht, z. B. den, den verlangten Kredit zur Verbesserung der Lage der Pfarrverwaltung zu streichen; aber Sie beschäftigen sich nicht mit denselben, so sehr nimmt die Frage der Übertragung der Universitätsgrade Sie in Anspruch. (Widerspruch rechts.) Die Gefahr liegt hier nicht in der Änderung des Gesetzes von 1875. Meine Kollegen und ich werden die für die Geistlichkeit erforderlichen Rechte vertheidigen; aber bekräftigen Sie wohl: nehmen Sie das Gesetz an, so werden wir neue Kraft erlangen, um diese Einrichtungen zu vertheidigen; verwirren Sie es, so werden wir geschwächt und entmuthigt werden. (Beifall auf der Linken.)

Der Vizekonsul Paris erhält das Wort. Er glaubt, zu gegenwärtiger Stunde habe sich wohl Jeder schon sein Urtheil fest gebildet; er werde sich daher an seinen Bericht halten, der ihm Kundgebungen der Zustimmung eingetragen habe. Aber die Erklärungen Dufaures seien zu gewichtig, als daß sie unbeantwortet bleiben könnten. Die Frage sei überdies sehr ernst; sie errege bezügliche Besorgnisse und gefährliche Hoffnungen. Der Gesetzentwurf greift über die Geschäftspunkte der Regierung hinaus; er gefährdet die Freiheit des Unterrichts, denn er erhebt den Universitäten des Staates, welche Nebenbuhler sind, ein Vorrecht, er versetzt die freien Universitäten in den Zustand des Vasallenthums; die Universitäten müssen aber ihr eigenes, von einander unabhängiges Leben haben. Der Berichterstatter erklärt schließlich, er gebe zu, daß man keine Bevorsicht zu begrenzen brauche, so lange Dufaure, die feste Stütze der Religion, das Haupt des Kabinetts sei; aber später werde es anders sein. Paris verfügt darzulegen, daß es gefährlich sei, der Änderung des Gesetzes von 1875 zuzustimmen. Die Republikaner sagen: Wir werden langsam vorwärts gehen, aber wir wollen vorwärts gehen. Redner wünscht, daß man es vor der Hand mit dem Gesetze von 1875 versuche. Wenn die Erfahrung Fehler nachweisen würde, dann könne man ändern; man solle aber keine überstürzte Reformen verlangen, daß sei unklug. Redner sagt zum Schlusse, daß der Senat nicht da sei, um Zwiespalt zu säen; er will Verhüting der Gemüther. Der Senat müsse Konflikte vermeiden, aber er dürfe nicht eine Beleidigungskammer werden.

Der Schluß der Generaldebatte wird ausgesprochen, ehe man zur Berathung der einzelnen Artikel übergeht. Der Präsident sagt, es sei zuvörderst abzustimmen über den Antrag Wallon's, die Löfung der Frage auf das nächste Jahr zu verzögern. Wallon vertheidigt seinen Antrag. Ernest Picard befürwortet ihn. Es herrscht große Unruhe. Der Präsident kündigt an, daß der Unterrichtsminister auf den Beratungsantrag nicht eingehe. Die Abstimmung über den Antrag Wallon ergibt 139 Stimmen für und eben so viele gegen. Große Aufregung. Der Präsident lädt darüber abstimmen, ob man zur Einzelberatung übergehen solle. Diese Abstimmung ergibt 129 Stimmen für, 144 gegen. Der Senat hat also beschlossen, nicht zur Berathung der einzelnen Artikel überzugehen; und die Rechte hat folglich mit 5 Stimmen gesiegt.

London, 20. Juli. Die "Times" bespricht die eigenthümliche Stellung, welche auf Grund politischer Berechnungen das Papstthum gegenüber den orientalischen Witten einnehmen muß. Zwar werde die ganze Christenheit, England nicht zum mindesten, durch den gegenwärtigen Konflikt im Orient in Trauer und Verwirrung gesetzt; aber unsere Schwierigkeiten, meint das Blatt, seien gering im Vergleich mit denjenigen, in welchen sich die päpstliche Regierung befindet. Katholiken sollten allerdings füglich die Kreuzfahne, überall wo sie sich erheben möge, begrüßen; als verhüttige Männer aber hätten sie zu bedenken, was geschehen würde, wenn das Kreuz an Stelle des Halbmondes den Platz auf den Wällen Konstantinopels einnehmen würde. Das werde sicher die Herstellung des Österreiches bedeuten und dem scharfen römischen Auge zeige sich

von Weitem der moskovitische Cäsarismus. Was aber dann, wenn Rom wieder Konstantinopel als Sitz seines Rivalen, als den Mittelpunkt dieser geistlichen Usurpation anzusehen hätte. Es sei erklärlich, daß Rom eine solche Entwicklung der Dinge nicht mit günstigen Augen ansehen könne. Was das Papstthum indeß meist fürchte und mit Recht fürchte, sei, daß das griechische Schisma eines Tages durch germanischen Protestantismus gestützt werden könnte und so mit derjenigen Lebenskraft versehen werde, deren Mangel seine gegenwärtige Schwäche sei. Sicher sehe Rom mit Schrecken und Misshandlungen die Möglichkeit an, daß Griechen, Russen, Deutsche, Engländer und Orientalen aller Bekanntschaft den Sitz des östlichen Reiches nochmals zum Schauspiel tausendfacher religiöser Wirren mache. In dieser Thüral, argumentirt die "Times", müßt Rom naturgemäß auf England als Bundesgenossen blicken, da es zur Zeit mit ihm Interessengemeinschaft habe. Und allerdings liege England gleichviel daran, daß die Pforten des Orients in den Händen einer neutralen Macht seien, aber in so fern es nicht in seinem Interesse liege, daß irgend ein Theil der Welt unter einer beständigen Aufruhr erzeugenden Missregierung seufze, löse sich seine Gemeinschaft mit Rom auf und da habe England nur dahin zu streben, daß die gegenwärtigen Wirren im Orient zu geordneten Zuständen führen. — Auch der "Standard" wirft gelegentlich einer Befreiung der Stellung Italiens ein Auge auf das Papstthum, welches zwar anerkanntermaßen Schismatiker mehr als richtige Kerze hafte, dessen Politik aber von je her, ganz abgesehen von vorgesetzten Meinungen, sich ausschließlich befreit habe, möglichst viel Vortheile, auf welche Weise es auch sei, aus der Lage der Dinge zu ziehen. Gegenwärtig bedürfe das Papstthum einiger Konzessionen seitens der Türkei, welche es mit wenig Anstrengung zu erlangen hoffe.

Petersburg, 21. Juli. In Berücksichtigung der Gesundheit des Kaisers und wegen der veränderten Reisedispositionen dieses Herbstes, finden die für den Herbst in Aussicht genommenen Manöver bei Odessa nicht statt und werden auch in Folge dessen die dort im Lager zusammengezogenen Truppen demnächst disloziert werden. — In Helsingfors sind in Folge der Landesindustrie-Ausstellung gegen 40,000 Menschen zusammengeströmt. In dem ganzen Großfürstentum Finnland, das nicht allein in Folge seiner Lage abseits von den großen Kulturstädten, der ungünstigen klimatischen Bodenverhältnisse und der häufigen Witterungen ein Schmerzenkind des russischen Reiches ist, betrachtet man diese Ausstellung und den Besuch der kaiserlichen Familie mit großer Dankbarkeit und sieht mit großen Erwartungen den Resultaten derselben entgegen. Diese Landesindustrieausstellung hat übrigens von Neuem den Beweis geliefert, daß Finnland in der Branche der Verarbeitung von Eisen, Stahl und Holz vortrefflich auf dem russischen wie auf dem schwedischen Markt konkurrieren kann. — Der Bevollmächtigte der serbischen Regierung, Herr Protitsch, weilt, wie die "Novoje Bremja" (Neue Zeit) mittheilt, in finanziellen Geschäften in Petersburg und ist im Hotel Victoria abgestiegen. Vor vier Tagen hat er sich dem Reichskanzler Fürst Gortschakoff vorgestellt. — Die russische "St. P. B." dementiert heute die Nachricht einiger Blätter, Herr Protitsch habe in Moskau eine Anleihe für Serbien abschließen wollen, aber einen Misserfolg erlitten, weil die Börsen in Moskau und Petersburg von der Staatsregierung keine Erlaubnis zum Abschluß der Geschäfte erhalten hätten. Herr Protitsch hat einen solchen Versuch in Moskau gar nicht gemacht.

Uns ist positiv bekannt, sagt die Zeitung, daß er auch hier in Petersburg in offiziellen Sphären einen freundlichen Empfang gefunden hat, wobei ihm die Versicherung wurde, daß die höchste Gewalt, treu dem Prinzip der Nichtintervention, keinen Hindernisgrund für Abschluß dieses Privatgeschäfts der serbischen Regierung hier am Ort habe. Einer so gerechten und richtigen Anhäufung über die Neutralitätsfrage, so heißt es weiter, kann man sich nur freuen. Niemand denkt daran, England einer Verlehung der Neutralität und Nichtintervention zu bezichtigen, weil es seinen Unterthanen erlaubt, der Türkei Geld vorzuschicken. Warum, fragt die russische Zeitung, sollen wir Russen hinsichtlich der Serben nicht dasselbe thun können?

Eine Adresse der Südländer an das amerikanische Volk, welche bestimmt war, zur Feier des Unabhängigkeitsfestes überreicht zu werden, diesen Zweck aber nicht erreicht hat, obwohl sie mit zahlreichen Unterschriften bedeckt war, wird heute vom "Golos" im Wortlaut abgedruckt. Die Adresse führt den Gedanken durch, daß es eine würdigere Feier eines Festes sei, welches der Freiheit einer mächtigen Nation gelte, ein anderes Volk in seinem schweren Kingen gegen seine Unterdrücker zu unterstützen, als eine Weltausstellung, Speaks, Professionen, Diners &c. zu veranstalten. Die Slaven bitten nicht darum, daß die Amerikaner mit den Waffen für sie eintreten; sie wollten nichts, als daß sie ihnen in derselben Weise ihre Neutralität beweisen mögen, wie die Engländer es den Türken gegenüber thun, d. h. durch materielle, diplomatische und moralische Unterstützung und Hilfe aller Art. Amerika möge Englands gemäßigter, türkfreudlicher Politik ein Veto zurufen. — Ein Sanitätstrain nach Serbien, formirt und geführt von Dr. D. P. Mollow, wird aus Moskau abgefertigt werden. Außer dem ärztlichen Personal geben zwei ältere Damen als barmherzige Schwestern mit. 2000 Rbl., die zur Deckung der Umlosten noch nötig waren, wurden auf einen Aufruf der "Mosk. B." hin sofort mehrfach gedeckt. Herr K. Tretjakow sandte 2000 R. in baarem Gelde, Herr Nikolajew bot 1500 R. an, die Herren A. Porochowitschow und W. Ch. Spiridonow erbaten sich, die ganze Summe zu decken, die zur Abreise des Dr. Mollow und seiner Gehülfen nötig sei. — Der seit einigen Monaten ganz enorm gestiegerte Karawanenverkehr von Chiwa nach Karasnowodsk und umgekehrt hat in Folge vereinzelter Vorkommnisse, welche auf eine neue Erstarkung des Räuberwesens der nomadistrenden Turkmänen schließen lassen, einen ausreichenden Schutz und größere militärische Eskortirungen der einzelnen Karawanen zu nötig gemacht. Es sind in Folge dessen von der Regierung zur beständigen Beschützung dieses Karawanenweges 6 Compagnien Infanterie, eine Sotnia Kosaken, dazu gehörige leichte Artillerie und Raketen geschütze abgeordnet worden, die auf der Hälfte des Weges einen durch Wachhäuser und Verschanzungen gedeckten Sammelpunkt in der Nähe von Ussuri, an dem alten versteckten Bette des Amu, erhalten sollen. Der sichere Schutz dieser Karawanen ist eine Lebensfrage für den immer bedeutsamer werdenden Handel mit russischen Industriezeugnissen auf den bisher von englischer Waare beherrschten innerasiatischen Märkten.

Warschau, 20. Juli. Mittelst Senatsukases vom 13. Juli ist das bisherige kriegsgerichtliche Untersuchungskomitee in Warschau aufgehoben, die Akten desselben in das

Archiv des Generalgouvernements übergeführt und damit die letzte in Folge des Aufstandes der Regierung abgenöthigte außerordentliche Maßnahme wieder beseitigt worden.

Belgrad. Die türkischen Truppen haben — das ist nun mehr klar ersichtlich, getreu ihrem seit dem 17. d. eingeschlagenen strategischen Übergang zur Offensive, in den letzten Tagen mehrfach den Versuch gemacht, den Vormarsch über die serbische Grenze zu forciren; doch ist dies Beginnen trotz mehrfacher starker Vorstöße im Ganzen ohne Erfolg gewesen. An der Drina sowohl, wie bei Alexinatz (Gramada) und bei Iwo ist die türkische Initiative ohne nennenswerthe Wirkung geblieben. Für die gegenwärtige Situation ist es nicht ohne Interesse, die Ordre de bataille beider Theile zu kennen, die nach dem "R. W. Tgl." folgende wäre:

Die serbische Armee, welche bis zum Ausbruch des Krieges aus 7 Divisionen bestanden hatte, wurde in den letzten vierzehn Tagen durch die vom Kriegsminister Njolics formirten drei neuen Divisionen auf zehn gebracht. Ordre de bataille: 1. Süd-Armee unter Tschernajeff: 3 Divisionen. 2. Drina-Armee unter Ulmiss: 1 Division. 3. Javor-Armee unter Bach: 1 Division. 4. Timok-Armee unter Lefschjanin: 1 Division. 5. In Tschatzai befahlte Oberst-Lieutenant Budishevics eine kombinierte Division, die in den letzten Tagen zur Armee Tschernajeffs abmarschiert ist. 6. Von den drei neuen Divisionen sind zwei zur Drina-Armee und eine zur Timok-Armee abberichtet worden. Alle zehn Divisionen sammt ihren Reserven werden auf etwa 150,000 Mann veranschlagt. Überdies gibt es noch zwei selbstständige kleinere Armeecorps, die größtentheils aus freiwilligen bestehen, nämlich das Corps des Archimandriten Ducic, 6000 Mann stark, bei Nova Varos in festen Positionen befindlich und dasjenige des Oberstleutnants Mischkovic, das in Nordbosnien zwischen Tusla und Verdza operirt.

Unter Berücksichtigung der 3 verschiedenen Kriegsschauplätze ist türkische Ordre de bataille folgende: 1) In und bei Niš 22,000 Mann reguläre unter Chefket-Bacha. 2) Zwischen Niš und Bajacchionirt 13,000 Mann, theils Kavallerie und Bajibozus, theils reguläre, unter Achmet Ebub-Bacha. 3) Abdul Kerim-Bacha formirt ein Armeecorps zwischen Philippopol und Sophia, das aus 25–30,000 Mann bestehen soll. 4) Zwischen Widdin und dem Timok stehen 15,000 Mann reguläre und 4000 Tschekes unter Osman-Bacha konzentriert. 5) Bei Groß-Zwornik in Bosnien stehen 6000 Nižams mit einer Batterie Feldgeschütze. 6) Bei Novi-Bazar eine Brigade aus vorzüglichen Truppen der Nižams aus Trapezunt; Hauptquartier Sienica. 7) Die Zahl der in Bosnien und der Herzegowina, theils zerstreut, theils in größeren Gruppen konzentrierten Streitkräfte, deren Gros aber aus Irregulären besteht, werden auf 16,000 Mann geschätzt, unter Suleimann-Bacha und Muftsar-Bacha.

Zur Geschichte des rumänischen Memoire erhält das wiener "Fremdenbl." aus Paris 20. Juli ein Telegramm, nach welchem Duc Decazes das Memoire zurückgewiesen, dasselbe als undiskutabel (?) und unannehmbar bezeichnet hat. In seiner Antwort führt der Minister des Außenfern unter Anderem aus, daß Rumänien seines. Erachtens eine Politik machen wolle, wie sie Piemont seiner Zeit zuerst durch den Mund des Grafen Cavour am 8. April 1856 entwickelt und in einem (um nicht geringen Theil von dem späteren Ministerpräsidenten Minghetti verfassten) Memoire, das dem pariser Kongress damals vorgelegt wurde, begründet habe. Rumänien sei aber kein Piemont, und die Zeit und die Umstände seien nicht dergeschahen, um die in dem rumänischen Memoire entwickelten Theorien dem Weltteil annehmbar erscheinen zu lassen. Frankreich, das sich die Zurückhaltung zum Grundsatz gemacht habe, habe keinen Grund, einen Vertrag fallen zu lassen, auf dem seine Unterschrift stehe. (Der pariser Frieden), außerdem enthalte das rumänische Memorandum Dinge, deren Bewilligung über die Kompetenz der Pforte hinausgehe. In Paris solle man ferner als positiv wissen, daß das russische Kabinett das Memorandum ebenfalls als inopportun abgelehnt habe. Ein Telegramm der "Post" besagt, daß alle Mächte das rumänische Memoire für indiskutabel erklärt haben, nachdem Österreich mit dieser seiner Ansicht die Initiative ergriffen hatte. — Einer andern Privatdepesche desselben Blattes zufolge wäre der österreichische Generalkonsul, Fürst Wrede, am 21. d. auf dem Landungsplatz in Belgrad von dem Pöbel in Lustigkostümen verhaftet worden.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 22. Juli.

— Vor einiger Zeit machte der "Dziennik Poznanski" die Mitteilung, daß an verschiedene polnische Gütsbesitzer in unserer Provinz aus Breslau französische Briefe abgefandt worden sind, worin zum Beitritt zu einem polnischen Geheimbunde und zur Einsendung von Geldbeiträgen aufgefordert wurde. Jeder Angehörige sollte 20 Frs. zur Bundesfeste zahlen, und seinen Oberen unbedingten Gehorsam leisten. Der Mitgliedsbetrag, auf den es wohl hauptsächlich abgesehen war, ist später auf 4 Frs. herabgesetzt worden. Wie sich nun ergiebt beruhte die ganze Angelegenheit auf einer Presse, dem wie die "Schl. B." aus Breslau schreibt, hat die vorige Polizeibehörde im Verein mit der hiesigen die Verbreiter jenes Auftrufs zur Gründung eines polnischen Geheimbundes in zwei kontinuierlichen Handlungsdienern ermittelt, welche sich auf diese Weise Geld zu verschaffen gesucht haben. Die beiden "Gründer" versandten nachweislich eine große Anzahl derartiger Briefe zum Aufsuchen an polnische Familien im Großherzogthum Posen. Der Verhaftung haben sich Isaac N. und Raphael L. inzwischen durch die Flucht entzogen. Zur Ergreifung der beiden "Agitatoren" ist das Nötige bereits veranlaßt worden.

r. Bergstift. Der Professor in einer hiesigen Apotheke hat Sonnabends Abends seinem Leben durch eine Dosis Cyanatum ein Ende gemacht. Wenige Stunden vorher war er noch im Garten des Interims-Theaters gewesen. Die Motive zu der That sind nicht bekannt.

r. Liebstähle. Vor einiger Zeit wurde einem Zimmergesellen auf der Halbdorfstraße von einem Neubau ein Winkelstein gestohlen. Er hat dasselbe vor Kurzem bei einem Arbeiter gefunden, welcher behauptet, es von einem anderen Zimmergesellen gekauft zu haben.

Gordon, 21. Juli. [Domherz. Schulz f.] Vor gestern verstarb in Ostrometsko der katholische Pfarrer, Domherz. Schulz aus Kl. Bolumin. Derselbe hatte das Unglück, beim Entfernen einer Flasche sich eine Schnittwunde an der linken Hand zuzuziehen, erkrankte und verstarb an hinzutretener Blutvergiftung.

Neben die Kaiserbegegnung in Salzburg entnehmen wir der wiener "Presse" folgende nähere Mitteilungen:

Besondere Empfangsfeierlichkeiten fanden nicht statt. Der Bahnhof zeigte nicht die geringste Dekoration; vom Perron bis zum Ankunftsalon war ein einfacher Laufsteppich gelegt, sonst war in der Physischen der Halle nicht die geringste Veränderung eingetreten. Bedeutend das Kronland, noch das Reich, noch die Stadt, selbst nicht die Sicherheitsbehörde waren in offizieller Weise vertreten. Kondukteure

bildeten ein Spalier und hielten die wenigen Freunde, die Einlaß gefunden hatten, in angemessener Entfernung von der Haltestelle des Hofzuges. Von offiziellen Persönlichkeiten waren anwesend: Graf Stolberg in einfacher Zivilkleidung, Flügeladjutant Baron Salis in Uniform, Oberst Haugwitz; ferner befanden sich auf dem Perron der Stationschef in Gala-Uniform, ein Hoffourier, gleichfalls in Gala, und ein kaiserlicher Diener. Schlag halb 10 Uhr fuhr der aus sechs Waggons und zwei Salownwaggons bestehende Hofzug in den Bahnhof und hielt vor dem Kaiserpalais. Kaiser Wilhelm sprang — ich gebrauche dieses Wort absichtlich — der Erste aus dem Wagon und ging sofort auf den Grafen Stolberg zu, dem er freundlich lächelnd die Hand drückte. Der Kaiser sieht brillant aus — ich habe ihn zum Letzenmale bei der Zusammenkunft der drei Kaiser in Berlin gesehen und heute nicht die mindeste Veränderung gefunden. Noch immer — trotz der 80 Jahre die gleiche Kürigkeit, derselbe aufrechte Gang, die gleiche stramme Haltung wie vor drei Jahren. Kaiser Wilhelm war in Zivilkleidung, er trug einen dunklen Rock, darüber einen braunen Überzieher, graue Beinkleider und schwarzen Hut. Nachdem der Kaiser seinen Gesandten in Wien begrüßt hatte, meldete sich Baron Salis und begrüßte Se. Majestät im Namen des österreichischen Kaisers. Die Ansprache war den Umstehenden schwer vernehmbar, man hörte nur, daß der Kaiser sich freue, morgen seinen Gast zu begrüßen und sich nach seinem Wohlbefinden erkundigen lasse. Kaiser Wilhelm nickte während der Ansprache wiederholt mit dem Kopfe und unterhielt sich hierauf mit dem Adjutanten einige Minuten. Auch aus der Antwort des Kaisers waren nur einzelne Worte zu vernehmen. So hört man, daß Se. Majestät scherzend die Unlust des Wetters bedauerte, das ihm diesmal nicht treu geblieben. Se. Majestät erkundigte sich dann nach dem Befinden des österreichischen Kaisers und sagte dann laut: „Ich freue mich sehr, den Kaiser morgen zu sehen“ — zuletzt machte er lächelnd die Bemerkung: „Ich befindet mich so wohl, als es unter so ernsten Verhältnissen nur möglich ist.“ Kaiser Wilhelm verabschiedete sich hierauf von dem kaiserlichen Adjutanten, grüßte freundlich nach allen Seiten und begab sich in Begleitung des Grafen Stolberg durch den Hofsalon über die Kaiserstiege auf die Straße. Zwanzig geflügelte Hofwagen und eine Anzahl gemieteter Equipagen nahmen die Gäste auf und brachten sie in ihre Absteigekarriere. Längs des Weges vom Bahnhofe bis zum Hotel „Erzherzog Karl“ war Sicherheitswache zur Aufrechterhaltung der Ordnung postiert. Vor dem Bahnhofe erwarteten trotz des höchst ungünstigen Wetters — es regnete in Strömen — einige hundert Menschen die Ankunft des Kaisers. Kaiser Wilhelm rückte, im Hotel angelkommen, einige freundliche Worte an den Besitzer und zog sich dann in seine Gemächer zurück.

Am Donnerstag Morgen fiel ein wolkenbruchartiger Regen. Im Gebirge hatte es Nacht geheißen. Um 3½ Uhr begab sich ein kaiserlicher Adjutant aus der Reisewagen des österreichischen Kaisers in das Hotel „Erzherzog Karl“, um sich zu erkunden, ob der deutsche Kaiser bereits zu sprechen sei. Um 9 Uhr fuhr Kaiser Franz Josef, der preußische Uniform und das Band des Schwarzen Adler-Ordens trug, im offenen Wagen in Begleitung des Adjutanten GM. Beck vor dem „Erzherzog Karl“ vor und begab sich in das zweite Stockwerk, in dem sich die außerordentlich einfach möblirte Wohnung des deutschen Kaisers befindet. Kaiser Wilhelm ging dem Kaiser entgegen und begrüßt ihn in der herzlichsten Weise. Hierauf wurde die Suite vorgestellt und zogen sich dann beide Monarchen in den Salon zurück, in dem sie gegen 20 Minuten verblieben. Fünf Minuten nach 10 Uhr kehrte Kaiser Franz Josef, von den Hochrufen der auf den Straßen trotz des abscheulichen Wetters geduldig harrenden Menge begrüßt in seine Residenz zurück. Kurz nach der Abfahrt Sr. Majestät fuhr der Landeshauptmann Graf Lamberg in Johanniter-Uniform und der Bürgermeister von Salzburg vor dem „Erzherzog Karl“ vor, um den deutschen Kaiser zu begrüßen, sie mußten jedoch warten, da Kaiser Wilhelm inzwischen sich in Begleitung des Adjutanten Grafen Lehn-dorff zum Besuch des österreichischen Kaisers begab. Kaiser Wilhelm trug die österreichische Uniform und das Band des Stephans-Ordens.

Nach dem Diner, während welchem eine Regimentskapelle die Tafelmusik begegnete, folgte kurzer Gerville und eine halbstündige Be-sprechung der Monarchen. Kaiser Wilhelm fuhr nach halb 5 Uhr ins Hotel zurück, woselbst ihnpunkt 6 Uhr Kaiser Franz Josef, der jetzt die preußische Interims-Uniform und Mütze trug, zur Fahrt nach Hellbrunn abholte. Die übrige Begleitung folgte in zehn Hofwagen. Die Besprechungen beider Kaiser, welche auf der Fahrt nach Hellbrunn fortgesetzt wurden, nahmen im Ganzen anderthalb Stunden in Anspruch. In Hellbrunn langten die Monarchen gegen halb 7 Uhr an, promenierten im Park, in dem sämtliche Wasserlünste spielten, und begaben sich später ins Schloß zum Gouter. Um halb 9 Uhr kehrten sie nach Salzburg zurück. Kaiser Franz Josef fuhr in die Residenz der deutsche Kaiser ins Hotel. Um 9 Uhr holte der Kaiser in preußischer Gala-Uniform seinen hohen Guest, der bereits an der Treppe gewartet, zum Thee und Souper ab, zu dem 28 Personen geladen waren. Um 10 Uhr begaben sich die preußischen Gäste wieder ins Hotel zurück. Die Abreise erfolgte am Freitag. Kurz vor 9 Uhr errichtete Kaiser Franz Josef vor dem Hotel „zum Erzherzog Karl“, machte dem Kaiser Wilhelm einen Abschiedsbesuch und fuhr dann mit diesem zum Bahnhofe. Auf dem Bahnhofe woselbst sich das ganze Gefolge beider Monarchen, Statthalter Graf Thun, Botschafter Graf Stolberg und der Landeskommendirektor Catty eingefunden hatten, waren zwei Hofzüge aufgestellt, von denen der erste für den deutschen Kaiser, der zweite für Kaiser Franz Josef bestimmt war. Als die Monarchen auf dem Bahnhofe errichteten waren, wurden sie von der Menge ehrfurchtsvoll begrüßt. Kaiser Wilhelm sagte nach der „D. Sig.“ zum Kaiser Franz Josef: „Ich dank Dir herzlichst für den außerordentlich liebenswürdigen Empfang und für die freundliche Aufnahme“, worauf Kaiser Franz Josef erwiderte: „Ich war sehr erfreut und glücklich und hoffe, daß Dir die Kur wohl bekommen.“ Darauf küssten sich die beiden Kaiser dreimal. Kaiser Wilhelm bestieg den Hofwagen, worauf der Kaiser Franz Josef dem preußischen Gefolge die Hand drückte. Als sich der Zug in Bewegung setzte, grüßten sich die beiden Monarchen nochmals. Fünf Minuten später fuhr der österreichische Hofzug vor. Der Kaiser drückte dem Statthalter Grafen Thun und dem Botschafter Grafen Stolberg die Hand, grüßte nach allen Seiten und reiste nach Wien ab.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
In Vertretung: Oskar Elsner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Konstanz, 22. Juli. Die Kaiserin Augusta ist gestern Morgen auf Schloß Krauchenwies bei Sigmaringen zum Besuch des Fürsten von Hohenzollern eingetroffen, woselbst auch die Königin von Sachsen sowie der Graf und die Gräfin von Brandenburg anwesend sind. Die Kaiserin wird sich von dort zu einem Besuch bei dem Fürsten von Fürstenberg auf Heiligenberg, nach Schloß Mainau zum Besuch des großherzoglich badischen Hofes begeben und daselbst Aufenthalt nehmen.

Bien, 22. Juli. Bezüglich der Nachrichten über angeblich fortlaufende Ausschiffungen von türkischem Kriegsmaterial in dem Hafen von Kiel erfährt die „Politische Korrespondenz“ positiv, daß lediglich bereits vor längerer Zeit für die türkischen Truppen eingelangte Munition und Proviantvorräthe ausgeladen werden, keineswegs aber eigentliche in Munition und Waffen bestehende Kriegskontrebände. Auch fänden alle derartige Ausschiffungen unter sorgfältiger Kontrolle statt.

Brüssel, 22. Juli. Der König und die Königin von Griechenland sind heute von London hier eingetroffen.

Paris, 22. Juli. Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein Dekret, durch welches der bisherige französische Gesandte in Rom, Marquis

de Noailles, zum Botschafter ernannt wird. Wie der „Agence Havas“ von unterrichteter Seite versichert wird, sind die Gerüchte von einer bevorstehenden Ministerkrise unbegründet. Der neu ernannte italienische Botschafter, General Cialdini, hat heute seine Be-glaubigungsschreiben überreicht.

Versailles, 22. Juli. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer brachte der Deputierte Raoul Duval einen Antrag ein, nach welchem jedem Deputierten oder Senator die Ausübung eines öffentlichen befehlenden Amtes untersagt sein soll, wenn nicht nach 6 Monaten die Niederlegung des Mandats erfolgt ist; nach demselben Antrage sollen die Ernennungen zum Ritter der Ehrenlegion nur für Kriegsstatthalter zulässig sein. Die Versammlung beschloß für diesen Antrag die Dringlichkeit. Im weiteren Verlaufe der Sitzung richtete der Deputierte Paul de Cassagnac an den Minister des Innern eine Interpellation, in welcher ein Tadel gegen die Regierung wegen der Ernennung eines Maires ausgesprochen wurde. Der Minister erwiderte, daß die Regierung dadurch, daß sie sich den Bonapartisten entgegenstelle, welche sich als die Feinde der Institutionen der Regierung gezeigt hätten, beweise, daß sie wirklich konservativ gesinnt sei. (Beifall.) Albert Grévy beantragte darauf eine Resolution, in welcher die Kammer ihr Vertrauen zu den administrativen Ernennungen der Regierung ausdrückt und die Hoffnung ausspricht, daß die Regierung niemals ihre Pflichten vergessen werde, welche ihr durch die Abstimmung über die Abschaffung des Kaiserthums aufgelegt seien. Dieser Antrag wurde mit 371 Stimmen angenommen. Die Rechte enthielt sich der Abstimmung.

Malta, 22. Juli. Das französische, aus fünf Panzerschiffen bestehende Mittelmeergeschwader ist am 17. d. von Tunis kommend, in Tripolis eingetroffen. — In Tripolis sind Truppen für Konstantinopel eingeschiff.

Rom, 22. Juli. Nach einer Meldung der „Fanfulla“ hat die russische Regierung ihren hiesigen Gesandten, Baron Uxküll-Gyllenbandt, endgültig zum Botschafter am italienischen Hofe ernannt. Sobald der neu ernannte Botschafter Italiens in Paris, Cialdini, seine Kreditive überreicht, werde die französische Regierung ihre hiesige Gesandschaft zu dem Range einer Botschaft erheben.

London, 22. Juli. Graf Derby hat am 29. v. M. dem russischen Botschafter am hiesigen Platze, Grafen Schwallow, eine Depesche in Antwort einer Mitteilung des Fürsten Goritschakoff zugehen lassen.

Graf Derby erklärt in derselben, England theile durchaus den Wunsch Russlands bezüglich des vollkommenen Einvernehmens der Mächte in der Behandlung der orientalischen Angelegenheiten. England erkenne ebenso sehr wie Russland die Wichtigkeit an, die Freiheiten der christlichen Bevölkerungen in der Türkei sicher zu stellen. Aber die englische Regierung könne die Infurrektion in Bosnien und in der Herzegowina nicht lediglich als einen Kampf ansehen, der gegen eine lokale Unterdrückung gerichtet sei. Vielmehr ginge aus den stattgehabten Ermittelungen hervor, daß der Aufstand für Zweck genäht würde, welche einen allgemeinen politischen Charakter hätten. So lange dieser Zustand fortdurete, würden die Bestrebungen der Mächte, Projekte einer besseren Verwaltung zu empfehlen, vergeblich sein. Man müsse die Infurrektion unterdrücken und die Ordnung wieder herstellen, bevor man mit Nutzen über solche Projekte verhandeln könne. Die englische Regierung theile die Ansicht, daß die besten Heilmittel diesenjenigen sein würden, welche eine praktische Lösung der Schwierigkeiten ermöglichen, ohne daß dabei der territoriale status quo verändert würde. Derby erklärt ferner, es liege kein Grund vor, eine Ausrottung der Christen befürchtet zu müssen, wenn die Infurrektion besiegt sei. Man müsse die serbische Regierung darauf hinweisen, daß sie, falls sie eine Gebietsvergrößerung unter dem Vorwande slavischer Sympathien erlangen wolle, nicht erwarten dürfe, gegen die Folgen eines Misshandlungs dieses Versuches und einer Niederlage geschützt zu sein.

Über die bereits gemeldete Einstellung der Thätigkeit des ersten internationalen Gerichtshofes zu Alexandrien geht dem „Neuter'schen Bureau“ aus Alexandrien vom heutigen Tage die weitere Mitteilung zu, daß die Mitglieder des Gerichtshofes das Verfahren des Präsidenten Haakmann gebilligt haben. Heute früh hat vor dem Gerichtsgebäude eine Demonstration zu Gunsten des Gerichtshofes stattgefunden. Ein Sherif des Justizministers ist von Kairo in Alexandrien eingetroffen. — In der gestrigen Sitzung des Unterhauses stellte Gurney den Antrag, die Regierung solle an Frankreich eine Anfrage darüber richten, ob dasselbe gewillt sei, England in Bezug auf Erfüllung der wegen der türkischen Anleihe von 1854 eingegangenen Verpflichtungen seine Unterstützung bei der Pforte zu leihen. Gladstone unterstützte den Antrag. Der Kanzler der Schatzkammer, Northcote, gab zu, daß England eine moralische Verpflichtung habe, sein Möglichstes zur Herbeiführung einer Erfüllung der Anleihe-Verpflichtungen u. thun und sicherte diesbezügliche Vorstellungen an die Pforte und eine Verständigung mit Frankreich zu. Der Antrag Gurney wurde in Folge dessen zurückgezogen.

Liverpool, 22. Juli. Der Kaiser und die Kaiserin von Brasilien sind heute Vormittag hier eingetroffen und haben ihre Reise nach London fortgesetzt.

Konstantinopel, 22. Juli. Wie der „Agence Havas-Reuter“ aus Athen gemeldet wird, soll nach der Rückkehr des Königs die Kammer zu einer außerordentlichen Sessoin einberufen werden. Ein Gesuch der Pforte, fünf der montenegrinischen Regierung gehörige, auf Korfu befindliche Geschütze daselbst in Beschlag zu nehmen, ist von der Regierung abgelehnt worden. — Nach einer offiziellen Mitteilung haben sich hier selbst 6000 Freiwillige für die Armee einschreiben lassen. Die Regierung hält diese Zahl für genügend und nimmt keine weiteren Anmeldungen an. — Wie aus Widdin hierher gemeldet wird, haben die Türken bei Novoselo ein serbisches Corps geschlagen und denselben beträchtliche Verluste beigebracht.

Konstantinopel, 23. Juli. Wie der Regierung vom Kriegsschauplatz gemeldet wird, haben 5000 Montenegriner die türkischen Posten bei Brana angegriffen, mußten sich aber nach hartnäckigem Kampfe unter Verlust von 200 Mann zurückziehen. Die von den Montenegrinern errichteten Verhüllungen wurden zerstört.

Bukarest, 23. Juli. In der Deputirtenkammer brachte der Abg. Tleva einen von 60 Deputirten unterzeichneten Antrag ein, nach welchem 11 ehemalige Minister in Anklagezustand versetzt werden sollen.

Belgrad 22. Juli. Die Regierung ist folgende Meldung vom Kriegsschauplatz zugegangen: Nach dem Kampfe bei Belsina am 20. d. M. haben die dort stehenden serbischen Truppen 200 Türken begraben und große Beute gemacht. Dieselben sind auch den Befestigungen vor Belsina nähergerückt. — Der bei Widdin stattgehabte Kampf war ohne Bedeutung. Eine Kompanie Freiwilliger hat sich bei Novoselo auf türkischem Gebiet gegen eine überlegene Truppenmacht der Türken geschlagen. Seit 3 Tagen beerdigen die Türken ihre bei Saitchar

am 18. d. M. Gefallenen, lassen dagegen die gefallenen Serben ausplündert und verstümmelt auf dem Schlachtfelde liegen.

Athen, 23. Juli. Admiral Butakoff ist nach Smyrna abgegangen. — Dem Vernehmen nach beabsichtigt die griechische Regierung Protest zu erheben, falls die türkische Regierung trotz der Reklamationen Griechenlands die angekündigte Kolonialisierung der Grenzprovinzen mit Tscharkessen ausführen sollte.

Alexandrien, 22. Juli. Das Richterkollegium des erstmals internationalen Gerichtshofes zu Alexandrien hat Antoniadis an Stelle Haakmann's zum Vorsitzenden der sogenannten summarischen Gerichtsabteilung ernannt.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 22. Juli. Geringes Geschäft bei wenig veränderten Coursen.

[Schlußfurie.] Londoner Wechsel 205, 00. Pariser Wechsel 81, 07. Wiener Wechsel 161, 50. Böhmische Westbahn 148. Elisabethbahn 123 %. Galizier 162. Franzosen* 219 %. Lombarden* 62 %. Nordwestbahn —. Silberrente 55 %. Papierrente 52 %. Russ. Bodenredit 85 %. Russen 1872 —. Amerikaner 1885 103. 1860er Lose 98 %. 1864er Lose 253, 80. Kreditattien* 115%. Destr. Nationalbank 698, 00. Darmst. Bank 103 %. Berliner Bankverein 83 %. Frankfurter Wechslerbank 79 %. Destr. Bank 91 %. Meininger Bank 76 %. Hess. Ludwigsbahn 98 %. Oberhessen 73 %. Ung. Staatslose 142, 80. Ung. Schatzamt alt 83 %. do. neue 81 %. do. Ostb.-Obl. II. 57 %. Centr.-Pacific 94 %. Reichsbank 154 %.

Nach Schluß der Börse: Kreditattien 115%, Franzosen 219%, Lombarden 62%.

*) per medio resp. per ultimo.

Wien, 22. Juli. Still bei matter Grundtendenz. Bahnen und Renten schwach. Devisen angeboten.

[Schlußfurie.] Papierrente 65, 80. Silberrente 69, 00. 1854er Lose 107, 25. Nationalbank 866, 00. Nordbahn 1800. Kreditattien 144. Franzosen 271, 50. Galizier 200, 50. Sach. Oderb. 89, 00. Bardubitzer —. Nordwestb. 129, 50. Nordwestb. Lit. B. —. London 125, 90. Hamburg 61, 10. Paris 49, 70. Frankfurt 61, 10. Amsterdam 104, 00. Böhm. Westbahn —. Kreditlose 156, 00. 1860er Lose 112, 80. Lomb. Eisenb. 78, 80. 1864er Lose 131, 00. Unionbank 57, 25. Anglo-Austr. 72, 50. Napoleon 10, 00. Dufaten 5, 87. Silbercup. 101, 30. Elisabethbahn 154, 70. Ungar. Prämi. 71, 70. D. Röbsbt. 61, 55. Türkische Lose 16, 00.

Nachbörsie: Matt. Kreditattien 143, 50. Franzosen 271, 00. Nationalbank 864, 00. Napoleon 10, 00.

Paris, 22. Juli. Sehr fest und belebt.

[Schlußfurie.] 3pros. Rente 69, 00. Anleihe de 1872 106, 67%. Italienische 5pros. Rente 71, 15. do. Tabaksaktien —. do. Tabakobligationen —. Franzosen 546, 25. Lombard. Eisenbahn-Akt. 162, 50. do. Prioritäten 231, 00. Türken de 1865 11, 07%. do de 1869 59, 00. Türkische Lose 36, 50.

Crédit mobilier 146. Spanier exter. 13%. do. inter. 12%. Suezkanal-Aktien 67, 50. Banque ottomane 345. Société générale 523. Credit foncier 710. Egypte 196. — Wechsel auf London 25, 27.

New-York, 22. Juli. Abends 6 Uhr. [Schlußfurie.] Höchste Notierung des Goldagios 11%, niedrigste 11%. Wechsel auf London in Gold 4 D. 89 C. Goldagio 11%. Bonds per 1885 116%. do 5pros. fundierte 118%. Bonds per 1887 119%. Erie-Bahn 14%. Central Pacific 107%. New-York Centralbahn 107.

Produkten-Course.

Danzig, 22. Juli. Getreide-Börse. Wetter: sehr warm, Mittags begreifbare Luft. Wind: NW. Weizen loko blieb am heutigen Markt wieder ganz unbeachtet und nur 37 Tonnen, darunter allein 25 Tonnen Sommerweizen, konnten verkauft werden. Die Stimmung ist sehr flau und die Tendenz spricht für ferner weichende Preise. Bezahlte wurde für Sommer 127—8 Pfd. 190 M., 132—3 Pfd. 193 M., hellblunt 127—8 Pfd. 200 M. per Tonne. Termine blieben unverändert. Juli-August 197 M. Br., August-September 195 M. Br., September-Oktober 197 M. bez., Oktober-November 197 M. bez., April-Mai 197 M. bez. Regulierungspreis 196 M. Gefüngt wurden 100 Tonnen.

Roggen loko unverändert, alter 122 Pfd. 157 M., vorjähriger 126—7 Pfd. 167, 5 M. per Tonne ist bezahlt. Umlauf 30 Tonnen. Termine nicht gehandelt. September-Oktober 152 M. Br., 151 M. Gd. Regulierungspreis 160 M. — Rüben loko ziemlich behauptet nach Qualität 281, 282, 282%, beste 283 M. per Tonne bezahlt. Termine flau, August-September 286 M. Br., 285 M. Gd., September-Oktober 290 M. Br., 288 M. Gd. — Raps loko wurde zu 286 M. per Tonne gekauft.

Hölin, 22. Juli. Nachmitt. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen loko matt, hiesiger loko 21, 50, fremder loko 22, 00, per Juli 18, 80, Nov. 19, 55. Roggen, hiesiger loko 16, 00, per Juli 14, 05, per Nov. 14, 65. Hafer loko 19, 50, per Juli 18, 00. Rübel, loko 34, 30, per Oktober 33, 20, pr. Mai 34, 40.

Hamburg, 22. Juli. Nachm. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, auf Termine flau. Roggen loko und auf Termine flau. Weizen pr. Juli 188 Br., 187 Gd., pr. September-Oktober pr. 1000 Kilo 192 Br., 191 Gd. — Roggen pr. Juli 146 Br., 145 Gd., pr. Sept. Oktober per 1000 Kilo 149 Br., 148 Gd. Hafer ruhig. Erste geist

Produkten-Börse.

Berlin, 22. Juli. Wind: NW. Barometer: 28,3. Thermometer: + 17° R. Witterung: sehr schön.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 190—230 nach Dual. gef., gelber per diesen Monat —, Juli-August —, August-Sept. —, Sept.-Oktbr. 194,50—192,50 bz. Okt.-Nov. 196,50—194,50 bz. Novbr.-Desbr. 197,50 bis 195,50—196 bz. — Roggen loko per 1000 Kilogr. 141—175 nach Dual. gef., russ. 143—150,50 ab Bahn u. Kahn bz. per diesen Monat —, Juli-August 147,50—145,50 bz. August-Sept. —, Sept.-Okt. 151,50 bis 152—150,50 bz. Oktbr.-Novbr. 152—153—152 bz. Novbr.-Desbr. 153,50—153 bz. — Gerste loko per 1000 Kilogr. 145—178 nach Dual. gef. — Hafer loko per 1000 Kilogr. 155—198 nach Dual. gef., östl. u. westl. 175—185, russ. 165—185, schwed. 180—195, pomm. u. mechl. 190—195 ab Bahn bz. per diesen Monat 170 bz. Juli-August 157,50 bz. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 191—225 nach Dual. Futterware 178—190 nach Dual. — Leinöl per 100 Kilogr. ohne Fass M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Fass 64 bz. mit Fass per diesen Monat 63,8 bz. Juli-August —, August-Sept. —, Sept.-Oktbr. 64—63,5 bz. Okt.-Nov. 64,2—63,8 bz. Nov.-Des. 64,4—64 bz. — Petroleum (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fass loko 32,50 bz. per diesen Monat —, Juli-August 30 bz. Sept.-Oktbr. 29,80 bz. Oktbr.-Novbr. —, — Spiritus per 100 Liter a 100 pCt = 10,00 pCt. loko ohne Fass 48,4 bz. per diesen Monat —, loko mit Fass per diesen Monat 48,3—47,6—8 bz. Juli-August do. August-Sept. do. Sept.-Okt. 49,1—48,7—48,8 bz. Okt.-Nov. 48,1—47,8 bz. Nov.-Des. —, — Mehl. Weizennmehl Nr. 0 29—28, Nr. 0 u. 1 26,50—25,50 Mf. — Roggennmehl Nr. 0 25,25—24, Nr. 0 u. 1 23,75—21,75 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack, per diesen Monat 22,35—30 bz. Juli-August 21,95

bz. August-Septbr. 21,85 bz. Sept.-Oktbr. 21,85—21,80 bz. Oktbr.-Novbr. 21,85—21,80. (B. u. H.-B.)

Breslau, 22. Juli. [Amtlicher Produktions-Bericht.] — Roggen (per 2000 Pfd) matter, gef. — Cr. abgel. Kündigungsscheine —, per Juli u. Juli-August 153 B. — August-Sept. —, Sept.-Oktbr. 154—153,50 bz. Oktbr.-Novbr. u. Novbr.-Des. 153,50 bz. u. B. April-Mai 155 B. — Weizen 184 B. u. G. gef. — Cr. per Sept.-Oktbr. 184 B. u. G. — Gerste —, — Hafer 176 G. gef. — Cr. per Sept.-Okt. 145 G. u. B. Oktbr.-Novbr. —, — Raps 290 B. gef. — Cr. — Rüböl unverändert, gef. — Cr. loko 64 B. per Juli 63,50 B. Juli-August 63 B. Sept.-Oktbr. 61 bz. Oktbr.-Nov. 61,50 B. Novbr.-Desbr. 62 B. — Spiritus unverändert, gef. — Liter loko 48,20 B. 47,80 G. Juli 47,80 B. Juli-August 47,80 B. Aug.-Sept. 47,60 bz. Sept.-Okt. 48 B. — Zink fest. Die Börsen-Kommission. (B. H.-B.)

Stettin, 22. Juli. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Schön. + 20° R. Barom. 28,6. Wind: SW. Weizen matter, per 1000 Kilo loko gelber 185—195 M. Galiz. 170—184 M. Juli und Juli-August 190 M. nom. September-Oktbr. 196—195 M. bez. Oktbr.-November 197,50—196 M. bez. per Frühj. 201 M. Br. 200 Mf. Gd. — Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loko inländ. 155—165 M. Russ. 144—148 M. Juli und Juli-August 141,50 M. bez. 140,50 Mf. Br. u. Gd. Septbr.-Oktbr. 147—145,50—146 M. bez. Oktbr.-November 148,50—148 M. bez. Frühjahr 152 Mf. Gd. — Gerste ohne Handel. — Hafer still, per 1000 Kilo loko 165—180 M. per Septbr.-Oktbr. 153 M. Br. Oktbr.-November — M. Br. — Erbsen und Mais ohne Handel. — Winterrüben still, per 1000 Kilo loko 280—294 M. per September-Oktbr. 299 M. bez. 299,50 Mf. Br. — Heutiger Landmarkt per 1000 Kilo: Weizen 195—204 M. Roggen 162—171 M. Gerste 162—165 M. Hafer 174—183 M. Erbsen 183—189 M. Rüb-

sen 288—291 M. Hef. 2,50—3,50 M. Stroh 54—60 M. Kartoffeln 72—81 M. Heute war der erste neue Roggen am Landmarkt, die Qualität war ziemlich gut, aber noch etwas feucht. — Rüböl still, per 100 Kilo loko ohne Fass 65 Mf. Br. per Juli, Juli-August u. August-September 63,50 M. Br. per September-Oktbr. 63,50 Mf. bez. und Br. per Oktbr.-November 63,50 M. Br. November-Dezember 63,75 M. bez. April-Mai 65,50 M. bez. und Br. 65 Mf. Gd. — Spiritus schließt matter, per 10,000 Liter Proz. loko ohne Fass 46 Mf. bez. per Juli-August 46 M. nom. August-Septbr. 46—46,10—45,70 Mf. bez. September-Oktbr. 47—46,80 Mf. bez. Oktbr.-November 46,50 Mf. Br. u. Gd. November-Dezember 46 Mf. Br. Frühjahr 48 Mf. bez. Angemeldet: Nichts. Regulierungspreis für Kündigungen: Weizen 190 Mf. Roggen 141,50 Mf. Rüböl 63,50 Mf. Spiritus 46 Mf. — Petroleum fest, loko 14,50—14—70 Mf. bez. und Br. Regulierungspreis 14,60 Mf. September-Oktbr. 14,25—14,50 Mf. bez. Oktbr.-November 14,50 M. bez. (Ostsee-Btg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 260 über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
22. Juli	Nachm. 2	27° 11' 77	+ 12° 5	NW 0	heiter, On
=	Mittags 10	27° 11' 86	+ 14° 4	W 0-1	völlig heiter.
=	Morgs. 6	27° 11' 87	+ 11° 2	N 0	heiter, St.
=	Nachm. 2	27° 10' 75	+ 19° 6	N 0-1	heiter, Ou.
=	Abends 10	27° 11' 21	+ 15° 0	N 0	heiter, St.
=	Morgs. 6	27° 11' 09	+ 15° 0	N 0	heiter, St.

Wasserstand der Wartthe.
Posen, am 22. Juli Mittags 0,60 Meter.
= 23. = 0,58 =

Berlin, 22. Juli. Bei vorherrschender Geschäftslösigkeit verließ der heutige Börsenverkehr durchaus wie an den beiden letzten vergangenen Tagen. Die Meldungen von außerhalb machten wenig Eindruck; doch fügten die Notirungen immerhin eine Kleinigkeit unter dem gestrigen Schlusse ein, weil die auswärtigen Börsen wenig fest verlaufen waren. Die Haltung konnte aber bei diesem ermäßigten Course stand ziemlich fest genannt werden. Creditaktien, Lombarden und Franzosen notirten etwa 1 M. niedriger; Diskonto-Commandit-Anteile und Laurahütte waren ebenso wenig verminderd als Rheinisch-Westfälische Eisenbahnen und überall herrschte die größte Geschäftslösigkeit.

Fonds- u. Aktien-Börse. Berlin, den 21. Juli 1876.

Grenzhafte Fonds und Geld-Course.

Großherz. Anleihe	45 105,00 bz	Pr. B.-G.-H.-Br. fd. 5 100,00 G
Stadt-Anleihe	4 98,30 bz	do. unk. rück. 110 5 103,00 bz G
Staats-Schildch.	3½ 94,00 bz G	do. do. 100 5 101,00 bz G
Kur. u. Am. Sch.	3½	do. (1872 u. 73) 5 101,50 bz
Östl.-Döbl.-Obl.	4 101,50 B	do. (1874) 5 101,50 bz
Berl. Stadt-Obl.	4 103,00 B	Pr. Hyp.-A. 120 4 99,00 bz G
do.	do.	do. 100 5 100,00 bz G
Cöln. Stadt-Anl.	4 101,70 bz	Schles. Bod.-Cred. 5 100,00 G
Rheinprovinz do.	4	do. do. 4 94,25 G
Westph. d. B. Kfm.	5	Stett. Nat.-Hyp. 5 101,00 t G
Pfandbriefe:		do. do. 4 98,00 bz G
Krupsch. Oblig.	5 101,50 B	Krupsch. Oblig. 5 101,50 B

Ausländische Fonds.

Amerik. rdg. 1881	6 105,30 G	Amerik. rdg. 1881 6 105,30 G
do. do.	1888 6 101,00 G	do. do. 1888 6 101,00 G
do. neue	3½ 85,00 bz	do. Bds. (fund.) 5
dr.	4 96,00 B	Norweg. Auf. 4
do. neue	4 103,00 G	New-Yrl. Sch.-A. 7 102,50 B
R. Brandbg. Fred.	4 96,00 B	do. Goldau 6 103,00 bz
Preußische	3½ 85,70 bz	New Jersey 7 96 00 bz
do.	4 95,50 bz	Doest. Pap. Rente 4 53 20 bz G
do.	4 102,50 bz G	do. Silh.-Rente 4 55,75 bz
Vommerche	3½ 84,75 B	do. Cr. 100 fl. 1854 4 95,20 bz
do.	4 95,30 bz G	do. Cr. 100 fl. 1858 295,00 bz G
do.	4 103,10 bz	do. Cott. A. v. 1860 5 99 40 bz
Hofsch. neue	4 95,20 bz	do. v. 1864 254,00 B
Sächsische	4	Ung. St.-Götz.-A. 5 66,50 B
Schlesische	3½	do. Poole 144,00 bz B
do. alte A. u. C. 4	102,00 G	do. Schatzl. 1 6 83,00 bz
do. A. u. C. 4	102,00 G	do. do. 11 5 84,50 bz
Westpr. rittersh.	3½ 84,30 bz	do. do. 11 5 80,60 bz G
do.	4 95,80 bz	Italienische Rente 5 71,90 bz
do.	4 102,00 fl. B	do. Tabal.-Obl. 6 102,00 G
do. II. Serie 5	107,90 bz	Rumäniener 8 89,90 bz
do. neue	4 94,80 G	Amerikanische Poole 4 40,30 G
do.	101,75 bz	do. do. 11 5 87,25 bz
Rentenbriefe:		do. Engl. 1822 5 90,50—60 bz
Kur. u. Neumärk.	4 97,25 bz B	do. do. A. v. 1862 5
Vommerche	4 97,25 bz	do. do. 11 5 90,50—60 bz
Toteniche	4 96,70 bz	do. do. 11 5 90,50—60 bz
Preußische	4 96,90 bz	do. do. 11 5 90,50—60 bz
Rein. u. Westf.	4 97,40 bz	do. do. 11 5 90,50—60 bz
Großherz. 4 97,25 bz		do. do. 11 5 90,50—60 bz
Großherz. 4 96,80 bz		do. do. 11 5 90,50—60 bz
Gouverneurs	20,40 G	do. Pr. A. v. 1864 5 167,50 bz G
Napoleonsdör.	16,22 bz	do. do. 1866 5 165,50 bz
do. 500 Gr.		do. 5. A. Siegl. 5 82,25 G
Dollars	4,18 G	do. 6 do. 5 92,10 bz G
Imperialis	16,66 G	do. Pol.-Sch.-O. 4
do. 500 Gr.		do. do. kleine 4 82,10 bz
Große Banknot.	99,80 G	do. do. 11 5 76,30 bz
do. einzlsb. Peitz.	81,20 bz	Peters. Pfds. III. G. 4 76,30 bz
Peters. Banknot.	161,50 bz	do. do. 11 5 76,30 bz
do. Silbergulden		do. do. 11 5 76,30 bz
do. Y-Stücke		do. do. 11 5 76,30 bz
Einf. Noten	267,20 bz	do. do. 11 5 76,30 bz

**) Wechsel-Course.

Deutsche Fonds	167,90 bz G	Amsterd. 100 fl. 8 £
do. Pr. A. v. 104th.	3½ 153,00 bz G	London 1 Estr. 8 £
do. Pr. A. v. 40th.	247,90 bz	do. do. 3 M.
do. Pr. A. v. 67	4 118,00 G	Paris 100 fr. 8 £
do. 3½fl.-Obligat.	135,50 B	Blg. Bpl. 100 fl. 8 £
Bair. Präm.-Anl	4 121,10 bz	do. do. 100 fl. 2M.
Brüssel. 20fl.-E.	83,40 bz G	Wien östl. Bähr. 8 £
Brem. Anl. v. 1874	4 102,30 G	161,50 bz
Östl. Md.-Pr. A.	3 108,25 G	do. do. 100 fl. 2M.
Deß. St. Pr. Anl.	3 116,00 G	160,50 bz
Woth. Pr. Pfdsr.	5 109,10 bz	Peters. 100 fl. 3 B.
do. II. Anl.	5 106,75 bz	26